



## Pressespiegel zur Asylpolitik vom 25. Juli 2017

Erstellt von Mark Gärtner  
gaertner@sprev.de

### Geschehenes – Kurzmeldungen:

#### *Blick nach Europa und die Welt*

- Die Bundesregierung steht kurz davor, ein Abkommen mit der Regierung Guineas zu unterzeichnen. Im Fokus steht die Abschiebung von abgelehnten Schutzsuchenden. Etwa 1800 Menschen mit guineischer Staatsbürgerschaft sind in Deutschland derzeit ausreisepflichtig.  
<http://www.mdr.de/nachrichten/politik/inland/bundesregierung-plant-weiteres-abkommen-zur-rueckfuehrung-100.html> (25.07.17)
- In Kabul kam es erneut zu einem Anschlag. Mindestens 24 Menschen wurden gestern getötet, 42 Menschen wurden verletzt. Die Taliban bekannten sich zu dem Anschlag.  
<http://www.tagesspiegel.de/politik/afghanistan-mehr-als-20-tote-bei-anschlag-in-kabul/20097570.html> (24.07.17)
- Der Geschäftsführer von Ärzte ohne Grenzen, Florian Westphal, wirft Bundesinnenminister Thomas de Maizière vor, er führe eine Scheindebatte wenn er über die Rettungseinsätze von Nichtregierungsorganisationen spricht. Was im Angesicht von mehr als 2000 Menschen die dieses Jahr bereits im Mittelmeer gestorben sind, zu tun wäre, wäre die weit wichtigere Frage. de Maizière verbeißt sich seit Neuestem in der Behauptung, Menschen auf dem Mittelmeer rettende Nichtregierungsorganisationen würden sich unmoralisch verhalten. Dabei kommen abstruse Anschuldigungen heraus. Die Nichtregierungsorganisationen schalten Scheinwerfer des Nachts an – um Menschen aus dem Meer zu retten. Sie schalten ihre Transponder aus – um nicht von den Schiffen der libyschen Küstenwache unter Beschuss genommen zu werden – mit der die EU-Mitgliedsstaaten zusammenarbeiten. Beides dient nicht der Kooperation mit Schlepper\*innen. Kritik an de Maizière kam auch von Grünen und Linken.  
<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-07/seenotrettung-aerzte-ohne-grenzen-kritik-thomas-de-maiziere> (19.07.17)
- Die *Zeit* fügt weiterhin umfassend hinzu, dass sich die Schiffe der Nichtregierungsorganisationen nicht aus internationalen Gewässern hinaus Richtung dem 12 Seemeilen breiten libyschen Küstenstreifen hinbewegen würden. Die Zeitung kann dies mit ausgewerteten Daten der Schiffstransponder belegen. In den Fällen, in denen die Grenze passiert wurde, war dies mit italienischen Behörden und libyscher Küstenwache abgestimmt. Tatsächlich passen die Schlepper\*innen ihre Strategie an den Einsatz der

NGOs an. Sie wüssten, dass sie nur noch billige und labile Boote zur Verfügung stellen müssten, die die 12 Seemeilen überwinden müssen. Ein Zustand, der dazu führe dass die komplett überfüllten Boote direkt nach dem Ablegen faktisch bereits in Seenot seien, so Expert\*innen. Der Vorwurf, vor allem aus Italien und Österreich erhoben, die Schiffe würden sich den Schlepper\*innen geradezu anbieten weisen die NGO-Vertreter\*innen als zynisch zurück. Bereits im März hatte eine Studie der Universität Oxford erwiesen, dass die Vorwürfe von offizieller Seite nur als haltlos bezeichnet werden können. Mehr Boote und Rettungsaktionen führten nicht zu verstärkten Fluchtbewegungen. Die *Zeit* kann zudem belegen, dass sich staatliche Rettungsschiffe nicht mehr so weit vorwagen wie die der Nichtregierungsorganisationen sondern eher in der Nähe von Lampedusa, Malta oder Sizilien bleiben. Die NGO-Schiffe dagegen würden – sie werden wohlgerne von staatlicher, italienischer Seite koordiniert – allein vor der libyschen Küste gelassen. Auch Übergaben auf hoher See würden nicht mehr stattfinden. Die *Zeit* erinnert daran, dass es die EU-Mitgliedsstaaten waren, die nicht bereit war, Italiens umfassende Rettungsmission Mare Nostrum zu verlängern sondern durch die halbherzigen Missionen Sophia und Triton zu ersetzen.

Sehr lesenswert mit einigen Diagrammen, unter anderen zu den Rettungsrouten der NGOs sowie zu Zahlen der Ertrunkenen und Geretteten im Mittelmeer: <http://www.zeit.de/politik/ausland/2017-07/seenotrettung-mittelmeer-fluechtlinge-boote-ngos-marine> (19.07.17)

- Die italienische Regierung prüft derzeit, Schutzsuchenden Visa für den Schengen Raum auszustellen. Man werde es nicht hinnehmen, „zu einem europäischen Aufnahmelager zu werden“ so ein Außenstaatssekretär. Trotz der immer lauterem Rufe Italiens nach europäischer Solidarität hält die Bundesregierung an Dublin-Abschiebungen in das überforderte Land fest. Im ersten Quartal 2017 wurden 371 Menschen nach Italien abgeschoben.  
<http://www.handelsblatt.com/politik/international/fluechtlingskrise-italien-droht-eu-staaten-mit-erteilung-von-visa-fuer-migranten/20076176.html> (18.07.17)  
<http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/fluechtlingspolitik-deutschland-haelt-an-dublin-rueckfuehrung-fest/20080880.html> (19.07.17)
- Österreichs Drohung, die Grenze nach Italien für Fliehende zu schließen, löste Empörung aus. Dabei kann seit nahezu zwei Jahren niemand mehr ohne Weiteres über die französisch-italienische Grenze fliehen. Mit der Verhängung des Ausnahmezustands nach den Terroranschlägen in Paris im November 2015 führt Frankreich die Fliehenden rigoros nach Italien zurück. Im unübersichtlichen Roya Tal, in welchem sich Menschen für die Aufnahme von Fliehenden einsetzen und dies auch tun, sind in diesem Jahr bereits zwölf Menschen auf der Flucht gestorben. Zudem gibt es Berichte von Menschen aus denen hervorgeht, dass französische Behörden sich weigern, Asylanträge anzunehmen. Der neugewählte französische Präsident Emmanuel Macron und sein Premier Édouard Philippe haben erst kürzlich ihre Asyl- und Abschiebepolitik skizziert. Unter anderem sollen mehr Unterbringungskapazitäten geschaffen werden, etwa 40% der sich in Frankreich befindlichen Schutzsuchenden haben keinen Zugang zu staatlichen Unterbringungen. Ende Oktober will Macron den Ausnahmezustand aufheben.  
<http://www.zeit.de/politik/ausland/2017-07/fluechtlinge-italien-oesterreich-frankreich-grenzpolitik> (19.07.17)
- Drei Jahre befand sich die Stadt Mossul unter der Herrschaft des sogenannten Islamischen Staats. Etwa eine Million Menschen flüchteten. Weite Teile der Stadt sind zerstört. Für dieses Jahr hat die Bundesregierung 100 Millionen Euro in den Wiederaufbau bewilligt, bisher sind bereits etwa 50 Millionen Euro geflossen.  
<http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/hilfe-fuer-mossul-deutschland-investiert-in-wiederaufbau/20102496.html> (25.07.17)
- Der polnische Präsident, Andrzej Duda, hat durch ein Veto den von seiner nationalkonservativen PiS-Partei geplanten Umbau des polnischen Justizwesens verhindert.

Damit wäre die Unabhängigkeit der Justiz nicht mehr gewährleistet gewesen und der polnische Rechtsstaat auf lange Sicht beschädigt worden. Zwei von drei Gesetzesvorschlägen blockierte Duda: die Regierung wird weder Obersten Gerichtshof kontrollieren noch den Landesrichterrat besetzen können. Allerdings wird der\*die Justizminister\*in künftig die Möglichkeit haben, alle leitenden Richter\*innen an den allgemeinen Gerichten ohne Angabe von Gründen zu entlassen. Die Regierung kündigte an, weiterhin an den Gesetzesvorhaben festzuhalten, innerhalb von zwei Monaten muss sie nachlegen. Tausende Menschen hatten gegen das Ende des Rechtsstaats in Polen protestiert.

<https://www.tagesschau.de/ausland/polen-duda-veto-101.html> (24.07.17)

[http://www.deutschlandfunk.de/polen-ueberraschte-reaktionen-nach-dudas-veto.1939.de.html?drn:news\\_id=772229](http://www.deutschlandfunk.de/polen-ueberraschte-reaktionen-nach-dudas-veto.1939.de.html?drn:news_id=772229) (24.07.17)

- Der US Supreme Court hat das Einreiseverbot der US-Regierung für Menschen aus sechs Staaten teilweise gekippt. Umfassend wird das Oberste Gericht erst im Oktober über das Verbot urteilen. Die Rechtssprechung jetzt zielt auf die Zeit bis zu dieser Entscheidung ab. Das Bundesgericht in Hawaii hatte den Dekret bereits aufgeweicht, Donald Trumps Administration ging dagegen vor. Menschen, die bereits von Hilfsorganisationen für die Aufnahme in den USA ausgewählt wurden dürfen nach wie vor nicht einreisen. Ausnahmen vom Einreiseverbot wurden erweitert und bestätigt. Der Familienbegriff für nachziehende Familienmitglieder US-amerikanischer Staatsbürger\*innen wurde ausgeweitet.  
<http://www.zeit.de/politik/ausland/2017-07/supreme-court-us-einreiseverbot-muslime-bestaetigt-fluechtlinge> (19.07.17)
- Die etwa 50 Passagier\*innen, die in Barcelona versuchten die Abschiebung eines Mannes in den Senegal zu verhindern hatten keinen Erfolg. Der Mann befand sich am Ende an Bord des Fluges.  
<http://www.faz.net/aktuell/gesellschaft/menschen/flughafen-in-barcelona-fluggaeste-meutern-gegen-abschiebung-15109444.html> (16.07.17)

### *Bund, Land, Kommune*

- Die Anerkennungsquote von Menschen afghanischer Staatsbürgerschaft wird weiter gedrückt. Im ersten Halbjahr 2017 wurden nur noch 44,1% der Menschen anerkannt. In 2016 waren es noch 55,8%.  
<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-07/afghanistan-asylbewerber-erkennung-quoten-abschiebung> (18.07.17)
- Die Zahl der Abschiebungen ist in diesem Jahr zunächst gesunken. Im ersten Halbjahr wurden 12.545 Menschen abgeschoben im Vergleich zu 13.743 im Vorjahreszeitraum. Der sächsische Innenminister und Vorsitzende der Landesinnenministerkonferenz forderte zudem, dass abgelehnte Schutzsuchende Leistungen nur noch auf Antrag erhalten sollen. Bedeutet: der Nachweis, den Ulbig für einen Antrag auf Leistungen verlangt, wäre die Notwendigkeit, die eigene physische Existenz zu erhalten. Er weiß auch ganz genau, dass das Bundesverfassungsgericht festgelegt hat, dass das Existenzminimum migrationspolitisch nicht zu relativieren sei.  
<http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/erstes-halbjahr-zahl-der-abschiebungen-gesunken-15115249.html> (20.07.17)
- Dass eine Behörde schnell arbeitet ist etwas Wünschenswertes. Sicherlich ist es auch dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zu wünschen. Dort gibt es inzwischen nur noch elektronische Akten und die Kommunikation läuft über Intranet. Damit ist die Behörde Vorreiter. Fatal für die Betroffenen wird es wenn schnelle Datenverarbeitung mit schlampiger Entscheidungspraxis korreliert. Gruslig wird es, wenn zur

Identitätsüberprüfung die Dialekte von Antragsteller\*innen überprüft und Zugriffe auf Handydaten ermöglicht werden.

<http://www.sueddeutsche.de/politik/fluechtlinge-das-ende-der-papierakten-1.3600207> (23.07.17)

- Während das BAMF immer schneller und schlampiger arbeitet ätzen die Verwaltungsgerichte unter Überlastung. Unter anderem wegen der schlampigen Arbeit der Behörde. 250.000 Verfahren das Asylrecht betreffend seien momentan anhängig. Erneut warnt der Bund Deutscher Verwaltungsrichter vorm „Zusammenbruch“ der Verwaltungsgerichtsbarkeit. Es fehle an Personal, Räumen und IT-Kapazitäten. Etwa jedes vierte vom BAMF entschiedene Asylgesuch finde sich noch einmal vor Verwaltungsgerichten wieder.  
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/asylverfahren-verwaltungsrichter-warnen-vor-zusammenbruch-a-1158807.html> (20.07.17)  
<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-07/asylverfahren-verwaltungsgericht-richter-ueberlastung-fluechtling> (21.07.17)
- Die SPD hat erkannt, dass Asylpolitik nach wie vor geschieht und Menschen immer noch auf Fluchtrouten sterben und hat deswegen beschlossen, dass Flucht nun Wahlkampfthema sei.  
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-im-wahlkampf-die-krise-kehrt-zurueck-a-1159307.html> (23.07.17)
- Eine bei der Otto-Brenner-Stiftung erschienene Studie kommt zu dem Ergebnis, dass ein nicht unerheblicher Teil der Medien seit dem Sommer 2015 zu sehr entlang dem Handeln von politischen Mandatsträger\*innen über Asyl- und Fluchtpolitik berichtete. Der Perspektive von Betroffenen und Untersützer\*innen sei zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt worden. Zudem sei der von Regierungsseite geliebte Begriff der „Willkommenskultur“ nicht kritisch genug hinterfragt worden. Die *taz* schließt mit den Worten: „Angesichts einer befürchteten Welle von fremdenfeindlichen und rassistischen Ressentiments und neuen Populismen wollten viele JournalistInnen mithilfe der Medien ein liberales, kosmopolitisches Gegengewicht schaffen. Folgt man den Ergebnissen der vorliegenden Studie, dann ist dieses Vorhaben nach hinten losgegangen.“  
<http://www.taz.de/Berichterstattung-ueber-Fluechtlingskrise/!5429014/> (23.07.17)
- Die Linke fordert, dass Abschiebungen in die Türkei ausgesetzt werden. Angesichts der Warnung des Bundesaußenministers, in der Türkei Urlaub zu machen, sei das nur konsequent. Sigmar Gabriel äußerte, in dem Land sei niemand, gleich ob Staatsbürger\*in oder nicht, vor Verhaftung sicher.  
<https://www.welt.de/politik/deutschland/article166904144/Linke-fordert-Stopp-von-Abschiebungen-in-die-Tuerkei.html> (22.07.17)
- In Bayern gerät das Kirchenasyl zunehmend unter Druck. Menschen, die andere in Kirchen und Gemeinden mit dem Ziel auf ein Asylverfahren in Deutschland unterbrachten, wurden vermehrt wegen „Beihilfe zum unerlaubten Aufenthalt“ angezeigt. Die Verfahren wurden zumeist wegen Geringfügigkeit fallengelassen. In Kirchenkreisen wird vermutet, dass es nicht um juristische Strafverfolgung sondern um politische Abschreckung in Zeiten des Wahlkampfes gehe.  
[http://www.deutschlandfunk.de/fluechtlinge-kirchenasyl-unter-druck.886.de.html?dram:article\\_id=391472](http://www.deutschlandfunk.de/fluechtlinge-kirchenasyl-unter-druck.886.de.html?dram:article_id=391472) (20.07.17)
- Wieder und wieder zeigen sächsische Institutionen, dass der Hase hier anders läuft. Der Vorwurf, dass Polizisten Informationen an Mitglieder der mutmaßlich terroristischen Gruppe Freital geleakt haben, kann nicht weiter nachgegangen werden, die Ermittlungsverfahren wurden eingestellt. Insgesamt drei Polizisten waren mit der Anklage konfrontiert. Die Handys, mit denen die Informationen ausgetauscht worden seien, seien verschwunden. Zudem schweigt der betreffende Beamte. Wo es keine Beweise gibt, gibt

es kein Urteil. Die Staatsanwaltschaft Dresden hat weit im Vorfeld bewusst oder unbewusst versäumt, die Vorfälle aufzuklären, erst bundesweite Medienberichterstattung zwang sie dazu. Gewusst hatte die Staatsanwaltschaft davon bereits im Dezember 2015, wenige Monate nach dem letzten Anschlag der Gruppe, denn eine ihrer Anwält\*innen war beim Verhör eines der Verdächtigen anwesend. Der Verdächtige hatte genau diesen Sachverhalt schon damals geschildert. Ein Ermittlungsverfahren wurde nicht eingeleitet.

<http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2017-07/gruppe-freital-polizei-helfer-verfahren-eingestellt> (21.07.17)

<http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2016-11/gruppe-freital-terror-polizei-leck> (29.11.16)

- Auf dem Leipziger Augustusplatz demonstrierten am Samstag etwa 100 Menschen für ein Bleiberecht für Alle. Zu Wort kamen Schutzsuchende und berichteten über ihre Fluchtgründe, ihre Erlebnisse auf den Fluchtrouten und ihre Erfahrungen in Deutschland. Organisiert wurde die Demo vom Leipziger Rechtshilfefonds Peperoncini e.V.  
<http://www.l-iz.de/leben/gesellschaft/2017/07/Von-Abschiebung-bedrohte-Menschen-reden-auf-dem-Augustusplatz-186811> (23.07.17)

## Hintergrund und Meinung

- Am Mittwoch wird der Europäische Gerichtshof (EuGH) über die Rechtmäßigkeit von einer von Angela Merkels auffälligsten Entscheidungen in ihrer Kanzlerschaft entscheiden. Im Sommer 2015 entschied die Regierungschefin, dass die Bundesrepublik von ihrem Selbsteintritt für die Durchführung des Asylverfahrens für die sich in Ungarn befindlichen Fliehenden Gebrauch macht. Die zuständige Generalanwältin Eleanor Sharpston hält die Entscheidung für legal. Heribert Prantl setzt in der *SZ* seine Hoffnung darin, dass die Richter\*innen des EuGH nicht nur Angela Merkels Asylpolitik für rechtmäßig erklären sondern dass sie in ihrem Urteil einen Schritt weiter gehen und den Grundstein für eine solidarischere EU-Asylpolitik legen als sie die Dublin-Regularien sind.  
<http://www.sueddeutsche.de/politik/prantls-blick-ein-urteil-ueber-merkels-fluechtlingspolitik-1.3600271> (23.07.17)
- Die Abgeordnete der Grünen im Europäischen Parlament, Terry Reintke, spricht im Interview mit *jetzt (SZ)* über die Situation im Mittelmeer und die Debatte darüber. Der von den Nichtregierungsorganisationen selber aufgesetzte Verhaltenskodex genüge völlig, ein von Italien verordneter diene nur der Kontrolle und behindere die Rettungsarbeit. Er bedeute lediglich, dass mehr Menschen sterben würden. Für die erhobenen Vorwürfe der Zusammenarbeit von NGOs mit Schlepper\*innen habe es nie Beweise gegeben. Sie fordert Vertragsverletzungsverfahren gegen EU-Mitgliedsstaaten, die sich weigern Schutzsuchende aufzunehmen und misst der Bedeutung williger, europaweit vorhandener Städte und Kommunen hohe Bedeutung in der Asylpolitik zu. Das EU-Parlament sieht sie im Gegensatz zu den anderen EU-Institutionen tendenziell als Akteur für eine solidarische Asylpolitik an.  
<http://www.jetzt.de/politik/fluechtende-auf-dem-mittelmeer-europaabgeordnete-terry-reintke-im-interview> (14.07.17)
- Der *MDR* hat Einzelfälle von Menschen recherchiert, die in Niederschlesien in polnischen Behörden arbeiten und dort mit Repressalien zu kämpfen haben. Viele haben ihre Meinung frei geäußert und fielen bereits damit auf, andere befürchten, bald in den Fokus der Behörden zu kommen. Auch die Zusammenarbeit von deutschen und polnischen Behörden über die Neiße hinweg ist reduziert worden beziehungsweise ist sie verschwunden.  
<http://www.mdr.de/sachsen/bautzen/zgorzelec-die-angst-geht-um-in-polen-100.html> (24.07.17)

Der Pressespiegel wird herausgegeben von:

Sächsischer Flüchtlingsrat e.V.  
Dammweg 5  
01097 Dresden  
E-Mail: [info@saechsischerfluechtlingsrat.de](mailto:info@saechsischerfluechtlingsrat.de)

Refugee Law Clinic Leipzig  
Burgstraße 27  
04109 Leipzig  
Email: [refugeelawclinic@uni-leipzig.de](mailto:refugeelawclinic@uni-leipzig.de)

Der Sächsische Flüchtlingsrat e.V. wird gefördert durch:



Leben retten – Rechte schützen

